



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 19. Dezember 2024 bis 8. Januar 2025

Trotz der Pause über Weihnachten und Neujahr gibt es aus der polnischen Politik viel zu vermelden. Das häufigste Thema der jüngsten Zeit war der Beschluss der Staatlichen Wahlkommission, ihre Entscheidung zurückzunehmen, der Partei Recht und Gerechtigkeit die staatlichen Zahlungen vorzuenthalten. Auch der frühere stellvertretende Justizminister Marcin Romanowski blieb Gegenstand der Berichterstattung. Entgegen früheren Zusicherungen ist dieser nach Ungarn entkommen und hat dort um politisches Asyl ersucht, nachdem er im Zusammenhang mit der Affäre um den Gerechtigkeitsfonds in Verdacht geraten war. Der Fernsehsender TV Republika startete eine Hetzkampagne unter dem Motto „Ich gebe Owsiak nichts, ich unterstütze die Republik“, was gehörige Aufregung auslöste.

PKW: Nun doch Zahlungen an PiS

Nachdem der Finanzbericht ihres Wahlkomitees abgelehnt worden war, legte die PiS-Partei gegen die Entscheidung Berufung beim Obersten Gericht ein. Die Klage wurde von der Kammer für Außerordentliche Kontrolle und Öffentliche Angelegenheiten begutachtet, deren Legalität von internationalen Gerichtshöfen in Frage gestellt wird und die ausschließlich aus von PiS berufenen Neorichtern zusammengesetzt ist. Die Kammer entschied, den Bericht zu akzeptieren, welcher Spruch nunmehr mit vier Stimmen von der Staatlichen Wahlkommission (PKW) anerkannt wurde. In ihrem Beschluss legte die PKW dar: „Der vorliegende Beschluss wurde ausschließlich im Anschluss an die Stattgebung der Klage [der PiS-Partei; A.d.Red.] durch die Kammer für Außerordentliche Kontrolle und Öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts getroffen und hängt unmittelbar mit dem Urteilsspruch zusammen, der von einem Organ kommen muss, das im Sinne der Verfassung und der Wahlordination ein Gericht ist. Die PKW nimmt damit nicht die Entscheidung vorweg, ob die Kammer für Außerordentliche Kontrolle und Öffentliche

Angelegenheiten des Obersten Gerichts ein Gericht sei, und sie nimmt keine Entscheidung über die Rechtskraft des Spruchs vorweg.“¹ Infolge dieses Beschlusses hätte der Finanzminister den Betrag unverzüglich an die Partei auszahlen sollen, was bisher jedoch noch nicht erfolgt ist.

Kurz nach Bekanntmachung des PKW-Beschlusses äußerte sich Ministerpräsident Donald Tusk (KO) knapp dazu: „Es gibt kein Geld und wird keines geben.“ Aus meiner Sicht geht das aus dem Beschluss der PKW hervor.“²

Der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński bestätigte, dass bislang noch keine Überweisung des Finanzministers eingegangen ist, und meinte zu der Äußerung seines ewigen Opponenten: „Wie sich herausstellt, wie es in den Medien, bei [TV] Republika hieß, ist diese [Tusks] Sicht neuerdings die Quelle des Rechts. Wir bekommen das Geld nicht, daher nutze ich die Gelegenheit, um nochmals die Öffentlichkeit um finanzielle Unterstützung für PiS anzurufen [...]. Das ist eine Unterstützung für die größte Partei in Polen und auch die größte Oppositionspartei. Kurz gesagt, ist das auch eine Unterstützung für die Demokratie, die in diesem Augenblick in Polen liquidiert wird.“³

Die ausweglos erscheinende Situation wurde von Sejmarschall Szymon Hołownia (Polska 2050/ Dritter Weg) kommentiert: „Wenn die Staatliche Wahlkommission keine Entscheidung dazu trifft, welche Richtung einzuschlagen sei, ist das nicht die Schuld des Finanzministers, daher würde ich mich an seiner Stelle an die Staatliche Wahlkommission mit der Bitte um klare Anweisungen wenden.“⁴

Der frühere Vorsitzende der PKW und gewesene Vorsitzende des Verfassungsgerichtshofs (TK), Andrzej Zoll meinte, die vom Obersten Gericht getroffene Entscheidung zur Subventionsauszahlung sollte „nicht rechtskräftig sein, da diese Kammer nicht als Gericht im vollen Wortsinne anerkannt ist. Der Beschluss der PKW vom August wurde nicht rechtmäßig außer Kraft gesetzt, daher besitzt Finanzminister Andrzej Domański kein rechtliches Mandat zur Überweisung der Mittel an die Partei.“⁵

Finanzminister Domański selbst äußert sich ebenfalls mit der Ankündigung, er müsse erst alle Zweifel ausräumen, bevor er weitere Maßnahmen treffen könne: „Wir haben es mit einem Beschluss zu tun, der voller Unklarheiten ist, und das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch diejenige einer Reihe von Fachleuten, von Verfassungsrechtlern, vormaligen und aktuellen Mitgliedern der PKW, darunter Koautoren des Beschlusses. [...] Ich habe keine Angst vor PiS. Drohungen und Erpressungsversuche seitens PiS lassen mich unbeeindruckt und hindern mich nicht an der Ausübung meiner verfassungsmäßigen Pflichten.“⁶

¹<https://wyborcza.pl/7,75398,31581570,pkw-wraca-do-tematu-kampanijnych-pieniedzy-pis-marciniak-musimy.html>

²<https://x.com/donaldtusk/status/1873793926634885589>

³<https://wyborcza.pl/7,75398,31587316,pis-wyciaga-lodowke.html>

⁴<https://www.money.pl/gospodarka/subwencja-dla-pis-szymon-holownia-radzi-ministrowi-finansow-7111769179200256a.html>

⁵<https://businessinsider.com.pl/prawo/spor-o-subwencje-dla-pis-prof-andrzej-zoll-nie-ma-watpliwosci/1hnbz7h>

⁶<https://wiadomosci.wp.pl/co-z-wyplata-subwencji-dla-pis-minister-o-wniosku-do-pkw-7112136402459392a>

Ungarn gewährt Romanowski Asyl

Vor den Weihnachtsfeiertagen fand sich der meistgesuchte Politiker Polens wieder – der frühere stellvertretende Justizminister der PiS-Regierung, Marcin Romanowski (PiS). Der vormalige Abgeordnete meldete sich in Ungarn, wo er als erster aktiver Politiker nach 1989 um politisches Asyl bat, das ihm von den ungarischen Behörden gewährt wurde.

Diese Entscheidung der Regierung Orbán wurde von Romanowskis Anwalt, Bartosz Lewandowski mitgeteilt: „Die ungarische Regierung hat dem Antrag des Abgeordneten Romanowski entsprochen und ihm internationalen Schutz auf Grundlage des Asylrechts von 2007 gewährt, aufgrund der durch die polnische Regierung und der dieser unterstehenden Landesstaatsanwaltschaft getroffenen Maßnahmen, die seine Rechte und Freiheiten verletzen.“⁷

Romanowski selbst äußerte sich folgendermaßen über sein Verhalten: „Polen wird unter der Regierung Tusk zu einem Unrechtsstaat. Daher habe ich mich zu diesem schweren, aber notwendigen Schritt entschlossen, um der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass es in Polen schlecht steht, dass das Land von politischen Banditen regiert wird.“⁸

Nach Romanowski gefragt, antwortete Ministerpräsident Tusk: „Ich habe nicht damit gerechnet, dass die, die sich der Strafverfolgung entziehen, korrupte Beamte, bereits die Wahl zwischen Lukaszenka und Orbán treffen können, um Schutz vor Strafverfolgung zu finden.“⁹

PiS-Vorsitzender Jarosław Kaczyński sagte seinerseits über Romanowskis Verhalten: „Worauf er sich beruft, nämlich den Austausch von vorsitzenden Richtern, die Veränderung der Zusammensetzung von Gerichtskammern und andere Kunstgriffe, das alles weist darauf hin, dass unter diesen politischen Bedingungen kein ehrliches Verfahren stattfinden kann und dass es gute Gründe dafür gibt, sich dem zu entziehen. Jeder, der sich in den Händen dieser Leute befindet, schwebt in extremer Gefahr, auch in Lebensgefahr, der Folter und so weiter.“¹⁰

Zbigniew Ziobro (SP), vormals als Justizminister Chef des flüchtigen Politikers, verhehlte seine Zufriedenheit über die Haltung der ungarischen Regierung nicht: „Wäre Romanowski nicht ausgereist, wäre er erneut im Gefängnis gelandet, und sein Schicksal wäre beschlossene Sache. Mit der Asylgewährung hat Ungarn Donald Tusk die demokratische Maske vom Gesicht gerissen und der Welt sein wahres Antlitz offenbart.“¹¹

Piotr Zaremba schreibt dazu bei *Interia*: „Marcin Romanowskis Flucht macht keinen guten Eindruck, und zudem treibt sie PiS in die Arme des prorussischen Viktor Orbán. Doch auf menschlicher Ebene lassen sich die Gründe für die Flucht gut nachvollziehen. Die

⁷<https://wpolityce.pl/polityka/716336-marcin-romanowski-dostal-azyl-na-wegrzech>

⁸<https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-romanowski-przerywa-milczenie-mamy-do-czynienia-z-przestepca,nId,7879095>

⁹<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9696769,romanowski-poprosil-o-azyl-na-wegrzech-tusk-skorumpowani-urzednicym.html>

¹⁰<https://www.wprost.pl/polityka/11893047/romanowski-z-azylem-na-wegrzech-tusk-i-kaczynski-zabieraja-glos.html>

¹¹<https://wpolityce.pl/polityka/717977-ziobro-wegry-zdarly-z-tuska-maske>

staatsanwaltschaftlichen Aktionen Tusks und [Justizminister] Bodnars sind eine Parodie von Rechtsstaatlichkeit.“¹²

Bartosz Węglarczyk ist bei *Onet* anderer Auffassung: „Wenn Herr Romanowski in Ungarn um Asyl bittet, bedeutet das, dass er gelogen hat, als er versprach, sich dem Staatsanwalt zu stellen. Er ist ein Lügner und Feigling, er wird Ungarn nicht wieder verlassen können, weil er überall sonst per Europäischem Haftbefehl gesucht werden wird.“¹³

Hetzkampagne von TV Republika gegen das Große Orchester der Weihnachtshilfe (WOŚP)

Der rechtsextreme Fernsehsender TV Republika führt eine präzedenzlose Hassaktion gegen das Große Orchester der Weihnachtshilfe (die WOŚP) [1993 von Jerzy Owsiak und anderen gegründete, nichtstaatliche Wohltätigkeitsorganisation; A.d.Ü.]. In den 32 Jahren ihres Bestehens sammelte die WOŚP mehr als 2,3 Milliarden Złoty (540 Millionen Euro) für den Kauf von medizinischem Gerät für verschiedene Gruppen von Patienten; allein im letzten Jahr kamen 281 Millionen Złoty (65,75 Millionen Euro) zusammen. TV Republika und seine fanatischen Anhänger begannen die Aktion im Internet unter dem Motto „Ich gebe Owsiak nichts, ich unterstütze Republika!“. Diese Kampagne wurde von dem Sender weiter angeheizt, indem er Dutzende von Materialien veröffentlichte, die Jerzy Owsiak und die WOŚP verunglimpfen. Bei dieser Aktion zur Selbstbewerbung ging TV Republika soweit, aus dem Senderlogo eine eigene, blaue Version der bekannten WOŚP-Herzen anzufertigen.

WOŚP-Chef Jerzy Owsiak, dem aus dem rechten Spektrum seit langer Zeit Mangel an Transparenz vorgeworfen wird, kommentierte die Aktion des Senders knapp: „Spielst du, vielen Dank und Respekt! Spielst du nicht, misch dich nicht ein!“¹⁴ Zum wiederholten Male verwies er darauf, dass die Angaben zu den Sammlungen der WOŚP für alle zugänglich auf den Internetseiten der Stiftung zu finden seien.

Donald Tusk äußerte sich zu der Kampagne: „Der PiS-Sender hat seine Kampagne ‚Ich gebe Owsiak nichts, ich unterstütze Republika!‘ in Gang gesetzt. Das Große Orchester sammelt für krebskranke Kinder, sie sammeln für ihre vor Hass kranken Medien. Das hat bei ihnen schon Tradition.“¹⁵

Auch die KO-Abgeordnete Katarzyna Kierzek-Koperska hielt sich mit ihrer Meinung nicht zurück: „TV Republika ist kein Fernsehsender, das ist eine Gruppe kompromittierter Apparatschiks, die dem Publikum Lügen einträufeln. Die WOŚP-Aktion ist eine allgemein bei den Polen anerkannte, positive Kampagne, dank derer wir wohl schon alle in den Genuss von Krankenhausausstattungen gekommen sind. Es ist schändlich, diese Idee der WOŚP zu untergraben.“¹⁶

Pater Kazimierz Sowa tadelt die Kampagne ebenfalls: „Der Fernsehsender Republika ist ein

¹²<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-azyl-na-wegrzech-romanowski-nie-chce-byc-meczennikiem,nId,7879481>

¹³<https://wiadomosci.onet.pl/opinie/bartosz-weglarczyk-posel-romanowski-jak-sedzia-szmydt/j3pc1rz?utm>

¹⁴<https://kultura.onet.pl/wiadomosci/jerzy-owskiak-reaguje-na-akcje-republiki-nie-grasz-nie-przeszkadzaj/kqm446e>

¹⁵<https://x.com/donaldtusk/status/1875853289428009287>

¹⁶<https://wyborcza.pl/7,75398,31594282,telewizja-republika-z-kampania-wymierzona-w-owskiaka-apeluje.html>

Privatunternehmen von Leuten, die politisch PiS nahestehen, er ist entstanden im Hass auf alles, was nicht PiS ist. Republika unterscheidet sich dadurch vom Großen Orchester der Weihnachtshilfe, dass Owsiaks Medizingeräte seit über dreißig Jahren Polen Gesundheit und Leben retten, während das, was von TV Republika kommt, der Gesundheit nicht förderlich ist.“¹⁷ Auch der Abgeordnete Paweł Kukiz (Polnische Koalition – KP) zeigte sich von der Kampagne angewidert: „Kritik ist erlaubt, aber man sollte sich nicht selbst als Alternative hinstellen. Ich hätte Verständnis, wenn sie zum Beispiel die Caritas genannt hätten, aber sich selbst als Spendenempfänger anzubieten, ist für mich einfach geschmacklos.“¹⁸

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹⁷<https://tvn24.pl/polska/wosp-siostra-chmielewska-i-ksiadz-sowa-komentuja-akcje-nie-daje-owskiakowi-wspieram-republike-st8250746>

¹⁸<https://www.wprost.pl/zycie/11903840/pawel-kukiz-o-wosp-odniosl-sie-do-akcji-tv-republika.html>